



**Geschäftsführung
Stadtarbeitsgemeinschaft
Behindertenpolitik**

Frau Thiemann

Telefon: (0221) 221-22822
Fax: (0221) 221-6627497

E-Mail: angelaedith.thiemann@stadt-koeln.de

Datum: 10.12.2013

Niederschrift

über die **Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik** in der Wahlperiode 2009/2014 am Donnerstag, dem 21.11.2013, 14:00 Uhr bis 16:30 Uhr, Stadthaus Deutz, Konferenzraum 16F43

Anwesend waren:

Vorsitzender

Herr Dr. Günter Bell

Behindertenbeauftragter

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Monika Dierksmeier

Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband

Frau Annette Hepp

DSB-Regionalgruppe der Schwerhörigen und Ertaubten Köln und Umgebung e.V.

Frau Adelheid Langes

Psychosoziale Arbeitsgemeinschaft

Herr Günter Matzko

Pro Retina Deutschland e. V.

Frau Barbara Röttger- Schulz

Polio Stammtisch

Herr Andreas Thermann

Arbeiterwohlfahrt

Frau Bärbel von der Linde

Deutsches Rotes Kreuz

Nicht stimmberechtigte Mitglieder

Frau Ursula Gärtner

CDU

Herr Manfred Waddey

GRÜNE

Herr Michael Kellner

Die Linke.Köln

Ständige Gäste

Frau Sigrid Buchholz

Seniorenvertretung der Stadt Köln

Herr Friedrich Wilhelm Gramm

Sozial-Betriebe-Köln gGmbH

Herr Thomas Peters

LVR- Landschaftsverband Rheinland, Integrationsamt

Verwaltung

Frau Bettina Albrot

Amt für Schulentwicklung

Frau Claudia Baumgärtner	Kassen- und Steueramt
Frau Reinhilde Biefang	Amt für Kinder, Jugend und Familie
Herr Dieter Gorklo	Amt für Soziales und Senioren
Herr Stephan Jacobs	E-Government und Online-Dienste
Frau Birgit Kläser	Bauverwaltungsamt
Herr Dieter Lüdemann	Amt für öffentliche Ordnung
Herr Josef Ludwig	Amt für Wohnungswesen
Herr Klaus Marschall	Gesundheitsamt - Sozialpsychiatrisches Zentrum Mülheim
Herr Ronny Sämann	Amt für Straßen und Verkehrstechnik
Herr Werner Stüttem	Amt für Stadtentwicklung und Statistik
Frau Ulrike Willms	Bauverwaltungsamt

Schriftführer

Herr Andreas Schwarz	Diversity - Fachstelle Behindertenpolitik
----------------------	-------------------------------------------

Gäste

Klaus-Martin Ellerbrock	Sozialraumkoordination Chorweiler
Frau Ute Palm	Sachkundige Einwohnerin im Ausschuss Kunst und Kultur
Frau Martina Pfeil	Sozialraumkoordination Humboldt/Gremberg und Kalk

Presse

Zuschauer

Herr Dr. Bell begrüßt in Vertretung für Frau Reker, die krankheitsbedingt nicht an der Sitzung teilnehmen kann, die Mitglieder der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik und die Gäste, insbesondere die Sozialraumkoordinatorin Frau Martina Pfeil und den Sozialraumkoordinator Herrn Klaus-Martin Ellerbrock.

Darüber hinaus begrüßt er Frau Sigrid Buchholz, die ab dieser Sitzung als Stellvertreterin für Frau Ute Saher die Seniorenvertretung als ständiger Gast in der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik vertreten wird.

Nach Versendung der Einladung wurde der Geschäftsführung noch eine weitere Vorlage zur Verfügung gestellt. Diese wird wie folgt in die Tagesordnung aufgenommen:

- 3.1 Bericht des Behindertenbeauftragten 11/2013
3741/2013

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik beschließt die Tagesordnung einschließlich des Nachtragstagesordnungspunktes einstimmig.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

- 1 Verabschiedung der Niederschrift der letzten Sitzung**
- 2 Gespräch und Vorträge**
 - 2.1 Inklusion im Sozialraum - aus kommunaler Sicht
 - 2.1.1 Inklusion im Sozialraum/Veedel
hier: Fragenkatalog der Vertreterinnen und Vertreter der Menschen mit Behinderung und Verbände der Freien Wohlfahrtspflege
3323/2013
- 3 Bericht des Behindertenbeauftragten**
 - 3.1 Bericht des Behindertenbeauftragten - 11/2013
3741/2013
- 4 Sachstandsberichte und Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen**
 - 4.1 KIB - Kölner Innovationspreis Behindertenpolitik 2013 und Tag der Menschen mit Behinderung
hier: Veranstaltung am 03.12.2013 im Historischen Rathaus - Sachstandsbericht
 - 4.2 Strategiepapier für ein ganzheitliches Toilettenkonzept in Köln
2594/2013
 - 4.3 Eis- und Schwimmstadion Lentpark
hier: Herstellung der Barrierefreiheit
 - 4.4 Aufzug Domumgebung
hier: Anfrage zur Vorlage „Städtebauliche Neuordnung des Domumfeldes im Bereich Dionysoshof/Baptisterium; hier: Bauabschnitt 1, Baubeschluss Bauphase 2 sowie Einzelentscheidungen, Vorlage 2296/2013
 - 4.4.1 Beantwortung einer Anfrage aus der Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik vom 15.10.2013 betreffend Aufzug Domumgebung (TOP 6.4); Anfrage zur Vorlage 2296/2013 "Städtebauliche Neuordnung des Domumfeldes im Bereich Dionysoshof/Baptisterium; hier: Bauabschnitt 1, Baubeschluss Bauphase 2 sowie Einzelentscheidungen"
3691/2013

- 5 Mitteilungen**
- 6 Anfragen und Beschlussempfehlungen**
- 7 Berichte aus den Fachausschüssen des Rates**
- 8 Verschiedenes**

I. Öffentlicher Teil

1 Verabschiedung der Niederschrift der letzten Sitzung

Beschluss:

Die Niederschrift zur Sitzung am 15.10.2013 wird einstimmig ohne Änderung genehmigt.

2 Gespräch und Vorträge

2.1 Inklusion im Sozialraum - aus kommunaler Sicht

Das Schwerpunktthema „Inklusion im Sozialraum“ aus Sicht des LVR wurde bereits in der letzten Sitzung der Stadt AG Behindertenpolitik am 15.10.2013 betrachtet.

In dieser Sitzung wird das Thema nun aus kommunaler Sicht behandelt. Zunächst gibt Herr Dr. Bell dazu eine kurze Einführung zu den Begriffen Sozialraum, Inklusiver Sozialraum und den Merkmalen, die einen inklusiven Sozialraum ausmachen. Danach berichtet er über Beispiele auf dem Weg zu einem inklusiven Sozialraum und über sozialräumliche Ansätze der Stadt Köln sowie über Beispiele und Aussagen aus dem Handlungskonzept zur Kölner Behindertenpolitik zu diesem Thema. Der Vortrag ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Anschließend referieren die Sozialraumkoordinatorin Frau Martina Pfeil und der Sozialraumkoordinator Herr Klaus-Martin Ellerbrock zum Projekt „Lebenswerte Veedel – Bürger- und Sozialraumorientierung in Köln“. Grundlage ist das vom Rat am 7. Oktober 2010 beschlossene Rahmenkonzept "Lebenswerte Veedel- Bürger- und Sozialraumorientierung in Köln" (http://ratsinformation.stadt-koeln.de/vo0050.asp?_kvonr=21216&voselect=4313).

Zunächst berichtet Frau Pfeil kurz über das in 2006 gestartete Modelprojekt, das inzwischen auf 11 Sozialraumgebiete ausgeweitet wurde und die Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen, die in den betreffenden Sozialraumgebieten wohnen, zum Leitziel hat. Herr Ellerbrock erklärt, dass sich seine Ausführungen insbesondere auf die Beantwortung der Fragen Nummer 2, 5 bis 8, 10 und Buchstabe i aus dem Fragenkatalog der stimmberechtigten Mitglieder der Stadt AG Behindertenpolitik beziehen. Er betont, dass das Thema Inklusion als Teilhabe und Beteiligung aller Menschen im Sozialraum verstanden wird und zu den Kernaufgaben der Sozialraumkoordination gehört. Der Ansatz des Konzeptes „Lebenswerte Veedel“ versucht dabei den Fokus nicht auf einzelne Gruppen zu beschränken sondern alle Gruppen im Sozialraum im Blick zu behalten. Er macht deutlich, dass zum Beispiel die Verwendung von Leichter Sprache oder die Beachtung der Barrierefreiheit nicht nur für eine Gruppe von Vorteil ist, sondern mehrere Gruppen davon profitieren.

Abschließend erläutert Herr Ellerbrock, dass die Teilnahme der Sozialraumkoordination an der Sitzung der Stadt AG Behindertenpolitik von dort als Auftakt zu einer konstruktiven Zusammenarbeit mit den Akteuren im Bereich der Behindertenpolitik gesehen wird. Er lädt die Mitglieder der Behindertenorganisationen und -selbsthilfegruppen ein, bei Bedarf Kontakt zur Sozialraumkoordination aufzunehmen und an Stadtteilkonferenzen und Facharbeitskreisen teilzunehmen. Herr Ellerbrock schlägt vor,

dass nach dem Vorbild im Bereich Sport zweimal jährlich Kooperationsgespräche mit dem Behindertenbeauftragten der Stadt Köln, Vertretern der Menschen mit Behinderungen, Vertretern der Behindertenhilfe und den Sozialraumkoordinatoren stattfinden sollten. Damit könnten auf stadtweiter Ebene Schwerpunkte gesetzt und ein regelmäßiger Austausch sichergestellt werden. Der Vortrag ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Herr Marschall weist in Bezug auf die vorangegangenen Ausführungen darauf hin, dass in Buchheim, Buchforst und Mülheim erkennbar ist, wie wichtig und fruchtbar die Zusammenarbeit der Sozialpsychiatrischen Zentren mit den Sozialraumkoordinatoren sein kann.

2.1.1 Inklusion im Sozialraum/Veedel hier: Fragenkatalog der Vertreterinnen und Vertreter der Menschen mit Behinderung und Verbände der Freien Wohlfahrtspflege 3323/2013

Zum Fragenkatalog der Behindertenorganisationen und -selbsthilfegruppen und der Verbände der freien Wohlfahrtspflege, dessen zweiter Teil sich an die Kommune richtet, wird beschlossen, dass nur die ausdrücklich geforderte Beantwortung von Fragen in kurzer Form erfolgen soll. Ist eine längere Beantwortung erforderlich, soll diese schriftlich nachgereicht werden.

Zu der Anfrage von Frau Langes zum Thema Schaffung von barrierefreiem Wohnraum erklärt Herr Ludwig, dass die Förderkonditionen und die Anforderungen an geförderten Wohnraum auch weiterhin die Beachtung der Barrierefreiheit vorsehen. Das bedeutet, dass auch weiterhin auf allen Etagen barrierefreie Wohnungen vorhanden und zumindest die technischen Voraussetzungen für den Einbau eines Aufzugs gegeben sein müssen. Es wird vereinbart, dass Herr Ludwig in einer der nächsten Sitzungen das Thema Barrierefreiheit im geförderten Wohnungsbau in umfangreicher Form darstellen wird.

Herr Kellner weist auf die fehlende Beantwortung der Fragen k und l hin.

Zu Frage k führt Frau Albrot aus, dass der Inklusionsplan der Stadt Köln vorsieht, dass für Schülerinnen und Schüler mit besonders herausforderndem Verhalten ein temporäres Angebot in jedem Stadtbezirk eingerichtet werden soll. Allerdings liegen die Voraussetzungen für die Einrichtung solcher Regionalen Unterstützungszentren aufgrund des neuen Schulgesetzes NRW derzeit nicht vor. Alle Schulen in Köln, die Gemeinsames Lernen anbieten, haben das Ziel, möglichst alle Schülerinnen und Schüler - auch die mit besonders herausforderndem Verhalten - durchgängig zu unterrichten. Bestandteil der Lehrerinnen- und Lehrerfortbildung in NRW ist es, zur Inklusion pädagogische Methoden und Maßnahmen für speziell diese Schülerinnen und Schüler zu vermitteln. Des Weiteren berichtet Frau Albrot, dass es nur in wenigen Ausnahmefällen vorkommt, dass Schülerinnen oder Schüler nicht oder nur im Rahmen einer Kurzbeschulung beschult werden (z.B. bei akuten schweren psychischen Krisen) und dies nur auf der Grundlage eines schulärztlichen Gutachtens erfolgt. Dem zeitweisen Unterrichtsausschluss oder der Kurzbeschulung gehen etliche andere Maßnahmen voraus. Die Entscheidung wird in enger Abstimmung mit den Eltern, der Schulaufsicht sowie dem Gesundheitsamt getroffen. Bleiben die Schüler/innen für eine bestimmte Dauer zu Hause wird Hausunterricht beantragt. Ziel ist es aber, in der

Phase des Unterrichtsausschlusses durch begleitende Maßnahmen möglichst schnell wieder eine Beschulung zu erreichen.

Zu Frage I erläutert Frau Biefang, dass sie die Aufgabe übernommen hat, in Vertretung für das Jobcenter die Frage zu beantworten. Sie berichtet über eine Landesinitiative, die seit Juli 2013 in Köln umgesetzt wird. Ziel der Initiative ist es, die Übergänge von der Schule in die weiterführende Schule, den Beruf oder das Studium zu systematisieren, um eine frühzeitige Beratungsmöglichkeit anzubieten. Eine schriftliche Darstellung ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Auf Anfrage von Frau Röttger-Schulz nimmt Herr Gorklo zu Frage g Stellung und erläutert, dass nach heutigem Stand zum 01.01.2015 das neue Landespflegegesetz in Kraft treten wird. Darin enthalten werden dann auch die Änderungen zum Wohn- und Teilhabegesetz sein. Änderungen für Wohngemeinschaften von Menschen mit Behinderung wird es nicht geben.

Herr Dr. Bell weist auf die Mitteilung des Gesundheitsamtes zur Arbeit der Sozialpsychiatrischen Zentren hin, die in schriftlicher Form vorliegt.

Als Nachtrag zur letzten Sitzung am 15.10.2013 liegt eine schriftliche Beantwortung einer offenen Frage an den LVR zum Projekt IKEA vor. Herr Peters ergänzt dazu, dass es sich dabei um betriebsintegrierte Arbeitsplätze der Sozialbetriebe Köln (SBK) handelt und diese inzwischen unbefristet verlängert wurden.

Darüber hinaus erläutert Herr Peters zu der Frage nach der Öffnung von Förderschulen für Regelschüler, dass das Schulgesetz dies nicht zulässt. Der LVR würde in diesem Fall die Trägerschaft verlieren und diese dann an die Kommune abgeben.

Abschließend bitten die Behindertenorganisationen und -selbsthilfegruppen die Verwaltung, bis zur nächsten Sitzung der Stadt AG Behindertenpolitik eine schriftliche Bestandsaufnahme vorzulegen, wo und wie in der Verwaltung bereits sozialräumlich gearbeitet wird. Herr Dr. Bell sagt zu, dass die Bestandsaufnahme im verwaltungsinernen Arbeitskreis Behindertenpolitik bearbeitet und zur nächsten Sitzung der Stadt AG Behindertenpolitik dann zumindest ein Zwischenbericht vorgelegt wird.

3 Bericht des Behindertenbeauftragten

3.1 Bericht des Behindertenbeauftragten - 11/2013 3741/2013

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

4 Sachstandsberichte und Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen

4.1 KIB - Kölner Innovationspreis Behindertenpolitik 2013 und Tag der Menschen mit Behinderung hier: Veranstaltung am 03.12.2013 im Historischen Rathaus - Sachstandsbericht

Herr Dr. Bell berichtet, dass Frau Bürgermeisterin Scho-Antwerpes auch die Belobigungen durchführen wird und dass in diesem Jahr die Möglichkeit zum Aufstellen von Informationsständen den Projekten, die sich beworben haben, vorbehalten bleibt.

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

4.2 Strategiepapier für ein ganzheitliches Toilettenkonzept in Köln 2594/2013

Frau Willms bedankt sich zunächst für die Unterstützung durch die Stadt AG Behindertenpolitik wodurch es möglich wurde, das Toilettenkonzept bereits in anderen Gremien der Stadt Köln einzubringen. Darüber hinaus berichtet sie, dass der 19.11.2013 durch die Vereinten Nationen zum ersten offiziellen „Welt-Toilettag“ ausgewiesen wurde, weil aufgrund fehlender sanitärer Anlagen jährlich 800.000 Kinder an einer Durchfallerkrankung sterben.

Frau Willms erläutert den Hintergrund und die Zielsetzung des Toilettenkonzepts, das inzwischen in schriftlicher Form vorliegt und den Mitgliedern der Stadt AG Behindertenpolitik zugegangen ist. Sie weist insbesondere darauf hin, dass beabsichtigt ist, die Auswahl und Festlegung der Toilettenstandorte transparent und nachvollziehbar durchzuführen. Dazu gehört, dass bereits in der letzten Sitzung der Stadt AG Behindertenpolitik Frau Röttger-Schulz und Herr Ladenberger als Vertretung der Behindertenorganisationen und -selbsthilfegruppen und als Ansprechpartner für die Verwaltung benannt wurden. Ergänzend dazu wird sich Herr Dr. Bell ebenfalls an der praktischen Umsetzung des Toilettenkonzeptes beteiligen. Die KVB stellt einen Bus zur Verfügung, mit dem dann Ende Januar/Anfang Februar 2014 die ersten möglichen Standorte abgefahren und besichtigt werden sollen.

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik stimmt der Vorlage einstimmig zu.

4.3 Eis- und Schwimmstadion Lentpark hier: Herstellung der Barrierefreiheit

Herr Dr. Bell berichtet, dass am 21.10.2013 im Lentpark ein Ortstermin des Bauaufsichtsamtes mit der KölnBäder GmbH stattgefunden hat. Zum Ergebnis verliest er eine Mitteilung des Bauaufsichtsamtes. Demnach befindet sich das Bauaufsichtsamt hinsichtlich der Forderung des Arbeitskreises Barrierefreies Köln, Maßnahmen zur Herstellung der Barrierefreiheit umzusetzen, in intensiver Abstimmung mit der KölnBäder GmbH und der größte Teil der maßgeblichen Mängelliste ist bereits erledigt bzw. steht vor der unmittelbaren Erledigung. Das Bauaufsichtsamt will bis Jahresende über den konkreten Sachstand berichten.

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

4.4 Aufzug Domumgebung

hier: Anfrage zur Vorlage „Städtebauliche Neuordnung des Domumfeldes im Bereich Dionysoshof/Baptisterium; hier: Bauabschnitt 1, Baubeschluss Bauphase 2 sowie Einzelentscheidungen, Vorlage 2296/2013

4.4.1 Beantwortung einer Anfrage aus der Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik vom 15.10.2013 betreffend Aufzug Domumgebung (TOP 6.4); Anfrage zur Vorlage 2296/2013 "Städtebauliche Neuordnung des Domumfeldes im Bereich Dionysoshof/Baptisterium; hier: Bauabschnitt 1, Baubeschluss Bauphase 2 sowie Einzelentscheidungen" 3691/2013

Herr Dr. Bell verliest eine schriftliche Mitteilung des Stadtplanungsamtes zur Beantwortung einer Anfrage aus der letzten Sitzung der Stadt AG Behindertenpolitik zum Thema Aufzug Domumgebung vor, die den Mitgliedern der Stadt AG Behindertenpolitik zugegangen ist. Durch die anschließende Diskussion wird deutlich, dass bereits in der ursprünglichen Vorlage nicht der Bau sondern lediglich die Planung eines Aufzugs vorgesehen war. Herr Kreikebaum bestätigt, dass auch durch den geänderten Ratsbeschluss lediglich die Planung eines Aufzugs betroffen ist und diese nun erst zu einem späteren Zeitpunkt durchgeführt werden kann. Für den tatsächlichen Bau eines Aufzugs ist ein weiterer Ratsbeschluss erforderlich. Die Behindertenorganisationen und -selbsthilfegruppen kündigen eine Beschlussempfehlung für die nächste Sitzung der Stadt AG Behindertenpolitik an.

5 Mitteilungen

Es liegen keine Mitteilungen vor.

6 Anfragen und Beschlussempfehlungen

Es liegen keine Anfragen und Beschlussempfehlungen vor.

7 Berichte aus den Fachausschüssen des Rates

Es liegen keine Berichte vor.

8 Verschiedenes

Herr Dr. Bell weist auf eine Fachveranstaltung am 09.12.2013 des Kompetenzzentrums Frau und Beruf in der Region Köln und die Regionalagentur Köln zum Thema „Inklusion von Frauen mit Behinderung in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt“ hin (http://www.competentia.nrw.de/kompetenzzentren/kompetenzzentrum_Koeln/).

gez. Dr. Günter Bell
(Stellv. Vorsitzender)

gez. Andreas Schwarz
(Schriftführer)